

Antrag

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Dr. Carola Ensslen, Sabine Boeddinghaus,
Deniz Celik, Heike Sudmann, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch,
Stephan Jersch, Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 21/17308

Betr.: Hansaplatz – Straßensozialarbeit stärken, Ausgrenzungen verhindern

Mit der Drs. 21/17308 versucht Rot-Grün, den bisher repressiven Maßnahmen (Videoobservierung, Glasflaschenverbot, verstärkte Polizeipräsenz, Bestreifung, polizeiliche Schwerepunkteinsätze) rund um den Hansaplatz einen sozialen Anstrich zu verleihen. Dadurch werden repressive polizeiliche Maßnahmen und der akzeptierende Ansatz von Straßensozialarbeit miteinander vermischt, obwohl sich dies in der Praxis gegenseitig ausschließt. Gleichwohl ist Stärkung der aufsuchenden Straßensozialarbeit grundsätzlich zu begrüßen. Bereits heute sind rund um den Hansaplatz verschiedene Initiativen mit unterschiedlichen Zielgruppen aktiv, die nicht nur über Erfahrungen, Kompetenzen und ein breites Netzwerk im Stadtteil verfügen, sondern schon jetzt Zugang zu den im Antrag beschriebenen Gruppen haben. Nicht zuletzt deswegen wäre es wünschenswert, wenn die Verstärkung der Straßensozialarbeit bei einem bereits vor Ort aktiven Träger, in Form einer Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen, angegliedert wird. Wie auch andere Personengruppen hat die in Drs. 21/17308 beschriebene Gruppe „alkoholkonsumierender Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“ in der Regel keinerlei Leistungsansprüche und somit keinerlei Zugang zum hiesigen Hilfesystem. Demzufolge können Anlaufstellen, die von Menschen ohne Leistungsansprüche aufgesucht werden, weder Betroffene in die öffentlich-rechtliche Unterbringung vermitteln noch auf andere spezifische Hilfseinrichtungen beispielsweise zur Entgiftung verweisen. Bei der Einrichtung einer Anlaufstelle sollte dementsprechend berücksichtigt werden, dass diese neben Beratungsangeboten auch über Aufenthaltsmöglichkeiten sowie Essensangebote, Duschen sowie die Möglichkeit, Wäsche zu waschen verfügt und auf medizinische, therapeutische Hilfs- und Wohnangebote zugreifen kann.

Der Hansaplatz ist ein belebter Ort, der von unterschiedlichen Menschen genutzt wird. Statt auf Vertreibung einzelner Gruppen zusetzen, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass alle Menschen den Hansaplatz in seiner Vielfalt nutzen können.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Straßensozialarbeit – im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – bei einem bereits vor Ort aktiven Träger anzugliedern und die personellen und finanziellen Ressourcen entsprechend aufzustocken,
2. dafür Sorge zu tragen, dass die Straßensozialarbeit weiterhin einen interdisziplinären Ansatz verfolgt, um so für alle Nutzer/-innen des Hansaplatzes mit ihren unterschiedlichen Problemlagen ansprechbar zu sein,

3. darauf hinzuwirken, dass die Anlaufstelle allen Nutzern/-innen des Hansaplatzes zur Verfügung steht,
4. bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten die Realisierung folgender Angebote zu berücksichtigen:
 - a. Aufenthalts-, Dusch- und Waschmöglichkeiten,
 - b. Essensmöglichkeiten,
 - c. medizinische Sprechstunden,
5. darauf zu achten, dass der Anlaufort als ganztägig und an den Wochenenden geöffnete Tagesaufenthaltsstätte genutzt werden kann. Die finanziellen und personellen Ressourcen sind entsprechend aufzustocken,
6. sicherzustellen, dass die Straßensozialarbeit beziehungsweise eine Anlauf- und Beratungsstelle auf reale Angebote, wie zum Beispiel Wohnangebote, medizinische und therapeutische Hilfen, zugreifen kann, die den Beratungsklienten/-innen dann auch tatsächlich – unabhängig von ihren sonstigen Leistungsansprüchen – offenstehen.